

Offensive gegen Armut gefordert

Kirche und Diakonie luden zur 1. Berliner Armutskonferenz

Von Frank Steger*

Deutschlands Hauptstadt ist auch Deutschlands Armutsmetropole Nummer 1. In keiner deutschen Stadt gibt es mehr Arme als in Berlin. Ende Dezember 2006 lebten mehr als 600 000 Berlinerinnen und Berliner in Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II. Bezogen auf die Bevölkerung unter 65 Jahren erhielten 21,6 Prozent der Hauptstädter Arbeitslosengeld (ALG) II oder Sozialgeld. Noch erschreckender sind die Zahlen für Kinder. Über 160 000 Berliner Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gehören so genannten Hartz IV-Familien an. Das ist mehr als jedes dritte Kind.

Das Problem einer wachsenden Armutsbevölkerung beschäftigt inzwischen auch viele Kirchengemeinden. Berlins Kirchen beherbergen 42 Ausgabestellen der „Aktion Laib und Seele“. Die Berliner Tafel versorgt über diesen Weg mehr als 34 000 Bedürftige regelmäßig mit Lebensmitteln.

Vor diesem Hintergrund lud der neu gegründete „Arbeitskreis Kirche und Arbeitswelt“, dem eine Reihe kirchlicher und diakonischer Einrichtungen angehören, Mitte Mai zu einem armutspolitischen Ratschlag ein. „Öffne deinen Mund für die Stummen“ lautete der programmatische Titel der „1. Berliner Armutskonferenz in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz“. Keine wissenschaftliche Tagung war geplant. Um den innerkirchlichen Austausch von Erfahrungen sollte es vor allem gehen. Die Veranstalter trafen damit offensichtlich den richtigen Nerv. Während kürzlich erst ein Kongress der Diakonie mangels Interesse ausfiel, war der Samaritersaal im Haus der Diakonie gut gefüllt. Rund 100 Menschen kamen. Neben Fachleuten aus der Diakonie nahmen auffällig viele aktive Gemeindeglieder und auch etliche Betroffene an der Veranstaltung teil.

In ihrem einleitenden Beitrag ging die Direktorin des Diakonischen Werks Susanne Kahl-Passoth mit der Politik hart ins Gericht. Die habe das Armutproblem lange Zeit ignoriert und sei lediglich bemüht gewesen, die Armen selber für ihre Lage verantwortlich zu machen. Nun werde der Wirtschaftsaufschwung genutzt, um das peinliche Thema darunter zu vergraben. Aber der Aufschwung ginge an dem Gros der Langzeitarbeitslosen vorbei. „Wir brauchen ein offensives Konzept zur Verhinderung von Armut und zu ihrer Beseitigung.“, mahnte Kahl-Passoth. Stichworte dafür seien Bildung, Mindestlohn, Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen anstelle von Ein-Euro-Jobs, ein Gesundheitsvorsorgenetz für Kinder, ein ausreichendes Angebot von Beratungsstellen.

Kahl-Passoth sparte auch mit Selbstkritik nicht. Die im letzten Jahr von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) herausgegebene Denkschrift zum Armutsthema sei unzureichend. Sie hätte sich gewünscht, dass die Lebenserfahrungen der Menschen, ihre seelischen Nöte und Ängste ins Zentrum der Stellungnahme gerückt wären. Was Arbeitssuchende in den Jobcentern erfahren wie lange Wartezeiten, unqualifizierte Mitarbeiter, Demütigungen, verspätete Auszahlungen von Geldern, all das werde nicht beschrieben und damit eine völlig unkritische Haltung zu den Hartz-Gesetzen eingenommen.

In Arbeitsgruppen wurde überlegt wie sich Kirche in der Armutsthematik noch deutlicher positionieren und wie gleichzeitig ein Netz unterstützender Angebote von Gemeinden und Diakonie geschaffen werden kann.

Für die **Arbeit der Gemeinden** wurde ein Perspektivwechsel gefordert. Arme seien häufig Gemeindeglieder und keine Klienten. Gemeindliche Angebote müssten die Selbsthilfekräfte unterstützen, zum Beispiel durch Börsen für Kinderkleidung oder Tauschringe für Dienstleistungen. Gemeinden sollten Betroffenen auch unentgeltlich Räume für Treffpunkte zur Verfügung stellen.

Jüngst wurde bekannt, dass viele Kinder in den neuen Berliner Ganztagschulen nicht am Essen teilnehmen, weil ihre Eltern die Kosten von 40 bis 45 Euro im Monat nicht aufbringen können oder wollen. In der Arbeitsgruppe zu **Kinderarmut** wurde kritisiert, dass die Hartz IV-Leistungen, insbesondere bei Kindern, viel zu niedrig seien. Das bestehende Verfahren, nach dem die Regelleistung über das Verbrauchsverhalten von allein stehenden Erwachsenen bestimmt wird, diskriminiere Kinder. So sehe der zugrunde gelegte Ausgabenkatalog zum Beispiel die Kosten für Schulsachen gar nicht vor. Dass Kinder wachsen und einen ganz anderen Verbrauch an Kleidung und Schuhwerk als Erwachsenen haben, bleibe ebenfalls unberücksichtigt. Vereinbart wurde, baldmöglichst eine Kindernothilfe Berlin zu gründen. Sie soll Geld sammeln und an bedürftige Kinder weitergeben. Das Land Berlin wurde aufgefordert, noch mehr zu tun, um allen Kindern die Teilhabe an Bildung, Kultur und Sport zu ermöglichen. Vorgeschlagen wurde die Einführung eines Sozialtickets für Schülerinnen und Schüler und die Einrichtung eines Fonds wie ihn die Stadt Oldenburg aufgelegt hat. Ausgaben für Schulmaterial und musisch-kulturelle Schulveranstaltungen, Ausflüge, Arbeitsgemeinschaften und Nachhilfeunterricht müssten übernommen werden, da sie in der Regelleistung nicht enthalten seien. Gefordert wurde auch ein „Berlin-Pass“, der bedürftigen Kindern auch außerhalb der Ferienzeiten ermäßigte Eintritte in Kultur- und Freizeiteinrichtungen erlaubt.

Unterstützung fand die Idee, die in der Arbeitsgruppe zu **Sozialberatung** vorgestellt wurde. Das Berliner Arbeitslosenzentrum plant im Sommer eine Aktion unter dem Motto „Irrren ist amtlich – Beratung kann helfen“. Vor den zwölf Berliner Jobcentern sollen ALG II-Beziehende beraten werden. Etliche Verfahren vor dem Berliner Sozialgericht zeigten, dass die Behörden weiterhin in einem erheblichen Umfang fehlerhafte Entscheidungen treffen. Gleichzeitig müssten Sozialberatungsstellen, die Menschen dabei unterstützen, ihre Rechtsansprüche einzulösen, ihr Hilfsangebot wegen der Kürzung öffentlicher Mittel verringern oder sogar einstellen. Die Aktion soll die Bedeutung unabhängiger Sozialberatung deutlich machen.

Kontrovers wurde das Thema **Ein-Euro-Jobs** behandelt. „Wenn Ein-Euro-Kräfte Pflichten übernehmen und damit zum Arbeitsplatzabbau beitragen, dann sind Kirche und Diakonie aufgerufen, deutlich zu werden“, erläuterte der Berichterstatter. Das Problem ist allerdings, so wurde angemerkt, dass auch im Bereich von Kirche und Diakonie die rechtlichen Vorschriften nicht immer eingehalten werden, wonach „Maßnahmen gegen Aufwandsentschädigung“ nur eingerichtet werden dürfen, wenn sie „zusätzlich“ sind. Die Diakonie hat als Alternative ein Modell entwickelt, das sich „Passiv- Aktiv-Transfer“ nennt. Danach sollen die Mittel, die für ALG II und Wohnkosten ausgegeben werden, mit den Ausgaben für Ein-Euro-Jobs zusammengefasst werden. Auf diese Weise könnten reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Für die Einführung von Mindestlöhnen sprach sich nicht nur die Arbeitsgruppe „**Arm trotz Arbeit**“ aus. Auch die frühere Bundesfamilienministerin Christine Bergmann, die Mitglied der Kirchenleitung ist, hatte in ihrem Eingangsbeitrag gefordert, dass Arbeit zum Leben reichen müsse und dabei auf die Erfahrungen mit Mindestlöhnen in vielen europäischen Ländern hingewiesen.

Der „Arbeitskreis Kirche und Arbeitswelt“ wird die Vorschläge auswerten und an die Kirchenleitung weiterreichen. Die Synode der EKD hatte im Herbst vorgeschlagen, dass jede Gemeinde ein Projekt zur Überwindung von Armut entwickelt. „Wir werden eine 2. Armutskonferenz brauchen“, war sich Pfarrer Theo Lorentz, der Sprecher des Arbeitskreises, sicher.

Bereits am 17. Oktober 2007, dem Internationalen Tag der Armutsbekämpfung, soll es neben vielen anderen Veranstaltungen eine Menschenkette vom Regierungsviertel zum Hauptbahnhof geben. Zur Teilnahme wurde nachdrücklich aufgerufen.